

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 62 (1983)
Heft: 10

Rubrik: SP intern

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



intern

**Interner Informationsdienst für Sektionen, Kantonalparteien
Mandatäre, Kader, Mitglieder und Sektionsinfo-Redaktionen
Herausgegeben von der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz
Postfach 4084, 3001 Bern, Tel. 031/24 11 15, Telex 33 864**

Bern, im Oktober 1983 (Beilage zu "Rote Revue", Nr.10/83) Nr. 40

Wahlaufruf

Die Nationalratswahlen 1983 fallen in eine Zeit, in der ein soziales Gewissen in der eidgenössischen Politik nötiger ist denn je. Wir leben in einem Land mit Wohlstand und relativer Vollbeschäftigung. Trotzdem sind abertausende von Arbeitsplätzen in Gefahr. Jugendliche warten vergeblich auf Lehrstellen, erfahrene Arbeitnehmer werden als Kostenstellen einfach eliminiert, ganze Berufszweige verschwinden, weil Computer und Mikroprozessoren sie überflüssig gemacht haben und ein unfähiges Management mit dem Problem nicht fertig wurde (Uhren-Industrie). Es braucht die Arbeiterbewegung, die politisch die Sicherheit der Arbeitsplätze garantiert. Sie ist das soziale Gewissen der Schweiz.

Wir leben in einem schönen Land. Aber seine Schönheiten sind zum Teil vernichtet, viele sind bedroht. Die Immissionen der Industriegesellschaft vernichten unsere Wälder. Still und leise haben

viele Pflanzen und Tierarten sich für immer von uns verabschiedet. Weite Landstriche sind vom Strassenbau und Bauboom verschluckt worden.

Wir Sozialdemokraten haben den Sozialstaat gefordert, durchgesetzt und aufgebaut. Aber auch er ist jetzt bedroht. Seit bald 100 Jahren kämpft die Sozialdemokratie für den Sozialstaat. Sie wird seine Demontage bekämpfen. Sie ist das soziale Gewissen der Schweiz.

Bald 40 Jahre herrscht Friede in Europa. Aber jetzt ist dieser Friede schwer bedroht. Die Schweiz hält keine Angriffsarmee, keine Atomwaffen. Aber ein Nuklearkrieg in Europa bedroht uns, wie alle übrigen Europäer. Auch gegenüber der Eigendynamik militärischen Denkens bedarf es eines sozialen Gewissens. Für den Erhalt des Friedens und der Sicherheit braucht es eine politische Kraft, die nicht nur Raketenzenzahlen auflistet sondern das Ueberleben der Menschheit in

den Vordergrund des Denkens, Wollens und Handelns stellt.

Die Probleme und Bedrohungen, welche sich gegen die Jahrtausendwende vor den Menschen auftürmen, verlangen einerseits eine ganzheitliche Betrachtung der Politik und anderseits den Einsatz für politische Lösungen manigfaltigster Art.

Die Sozialdemokraten haben sich für die kommende Legislaturperiode einem breit gefächerten Programm verpflichtet. Eingleisige Lösungen taugen nicht. Sozialer Auftrag, Schutz der Umwelt, Willen zu Frieden und Verständigung müssen ineinandergreifen. Radikale Forderungen, die das Papier der Wahlprospekte kaum überleben, genügen nicht. Wir kommen in die eidgenössischen Räte mit Frauen und Männern, die sich in der Zukunft genauso einsetzen werden, wie dies in der Vergangenheit der Sozialdemokratie der Fall war.

Das soziale Gewissen der Schweiz — Sozialdemokraten



Auf Wiedersehn in St. Gallen!

SPI. Die Ostschweizer sind wieder dran. Mit dem nächsten ordentlichen SPS-Parteitag nämlich. Am 17./18. November 1984 wird das wichtigste Jahres-Ereignis der SPS in den OLMA-Räumlichkeiten in St.Gallen stattfinden. Vor politisch bemerkenswer-

tem Hintergrund: die Hauptstadt des Kantons mit absoluter CVP-Mehrheit hat mit Dr. Heinz Christen ein sozialdemokratisches Oberhaupt. Also: Datum dick und rot im Kalender 84 anstreichen !



SP-Kreuzworträtsel

SPI. Die Lösung des Kreuzworträtsels in der letzten Roten Revue war nicht allzu schwer. Der gesuchte Slogan hiess (natürlich): "Das soziale Gewissen der Schweiz - Sozialdemokraten."

Die Gewinner(innen) haben als Separatdruck der neuen dreibändigen Schweizergeschichte der Verlage Helbing & Lichtenhahn und Sauerländer den letzten Teil "Beschleunigter Wandel und neue Krisen (seit 1945)" von Peter Gilg und Peter Hablützel bekommen.



Mille scuse, compagne ticinesi!

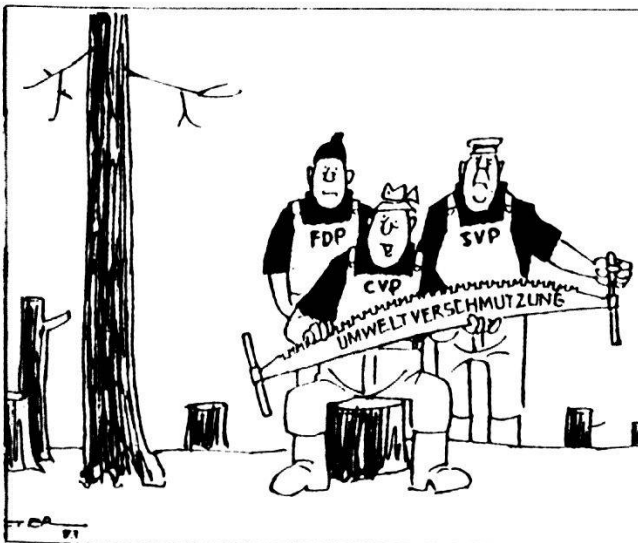
Liebe Tessiner Genossinnen, wir bitten tausendmal um Verzeihung. Ausgerechnet Eure Vertreterin bei den SP-Frauen in Bern, die GENOSSIN RUTH GALLMANN AUS LUGANO, haben wir aufzuführen vergessen. Nämlich unter der Rubrik "bisherige" der Zentralen Frauenkommission der SPS, auf Seite 3 des letzten SP intern. Daran, dass Ruth Gallmann besonders unscheinbar oder leisetreterisch wäre, kann es nicht liegen: denn im Tessin und bei der ZFK ist Ruth Gallmann der Inbegriff der kämpferischen Sozialistin und Feministin. Darum: mille scuse, compagna Ruth !

SP und Lokalradios: was tun?

Ab 1. November gilt es ernst mit den Schweizer Lokalradios. In der Vorgeschichte sind diverse Würfel schon gefallen, was eine Beteiligung von Sozialdemokraten und sozialdemokratischen Institutionen betrifft.

Die Medienkommission der SP Schweiz hat in mehreren Tagungen über die grundsätzliche sozialdemokratische Haltung gegenüber den privaten Radios diskutiert. Sie empfiehlt SPS-Mitgliedern und SP-Institutionen dabei Folgendes:

1. Zusätzliche Trägerschaften von unserer Seite sind nicht anzustreben: sie wären bloss noch Feigenblätter für sonst kommerziell orientierte Projekte.
2. So wie Sektionen, Kantonalparteien und die SPS bislang auch die bürgerlichen Medien über ihre Aktivitäten und Veranstaltungen orientierten, soll das

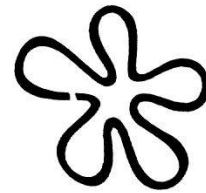


„Geduld! Wir sind ja schon dabei zu erforschen, welcher Zahn der Säge das Waldsterben verursacht!“

neu auch gegenüber den privaten Radiostationen geschehen.

Ein aktiveres Mitmachen in den SRG-Regionalorganisationen ist gleichzeitig erwünscht.

3. ARBUS, SPS und SGB organisieren für eine möglichst grosse Zahl von Lokalradio-Stationen eine Medienbeobachtung, um während und nach dem Versuchsbetrieb anhand von Fakten zeigen zu können, wieweit die Versuchsverordnung eingehalten und wieweit innerhalb der geforderten Meinungsvielfalt unsere eigene Stimme zu Wort kam. (Kontaktadressen: Edwin Knuchel bei der SP Kanton Bern, Tel. 031/23 23 58 oder Hans Kaspar Schiesser bei der SP Schweiz, Tel. 031/24 11 15).



Waldsterben: SP-Dia-Serie

SPI. Ab sofort ist im SPS-Sekretariat ein Dia-Vortrag mit 50 Diapositiven zum Thema Waldsterben in der Ausleihe erhältlich. Die Dias umfassen Teile der Waldsterbe-Ausstellung vom Parteitag, im Schwergewicht aber vor allem eine Reihe von didaktischen Bildern zum Erkennenlernen von Waldschäden (anhand von Beispielen aus Berner Wäldern und einer Serie der Bayerischen Staatsforstverwaltung). Für die Ausleihe an die Sektionen wird eine Versandkostenpauschale berechnet.

Parteitag 83: Resultate der Arbeitsgruppen

Die vier Arbeitsgruppen am Parteitags-Samstag haben mittlerweile vier Kurzberichte vorgelegt. Die Berichte enthalten die grundsätzlichen Forderungen, aber auch ein paar konkrete Umsetzungsvorschläge für Sektionen, Kantonalparteien oder die SPS. Wir geben die Berichte im Folgenden leicht gekürzt wieder.

Gruppe 1 «Sichere Arbeitsplätze»

Eine der Massnahmen zur Sicherung von Arbeitsplätzen ist und bleibt für uns die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung. Diese Arbeitszeitverkürzung würde uns nicht nur Arbeitsplätze schaffen, sondern würde auch die Qualität des Arbeitsplatzes in bezug auf Stress etwas mildern helfen. In diesem Zusammenhang ist auch festgestellt worden, dass die Teilzeitarbeit mit gleichen sozialen Sicherungen ein Postulat unserer Partei und der Arbeiterbewegung generell sein muss. Es ist dann auch aufgefallen, dass die Arbeitszeitverkürzung immer wieder mit den Finanzierungsproblemen der Sozialeinrichtungen bekämpft wird. In unserer Diskussion wurde klar und deutlich gesagt, dass auch hier Änderungen dringend nötig sind, indem nicht nur der Arbeitnehmer als solches, also das Arbeitseinkommen zur Finanzierung der Sozialeinrichtungen dienen soll, sondern wir müssen erreichen, dass auch das Kapital, also die Maschine, beispielsweise der Computer, die Sozialeinrichtungen mittragen hilft. Wir haben ebenfalls in der Diskussion herausgefunden, dass der

grösste Zerstörer von Arbeitsplätzen der Bodenpreis ist, weil in den meisten Fällen die Errichtung eines Arbeitsplatzes von diesem Bodenpreis abhängig ist und auch abhängig ist von Vorschriften, die gelegentlich in einen Perfektionismus münden, der die Schaffung eines Arbeitsplatzes in hohem Masse erschwert.

Schliesslich haben wir festgestellt, dass grosse Mängel beim Kündigungsschutz sind, was zur Folge hat, dass viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sich für die bestehenden Rechte nicht wehren, weil sie Angst haben, in der heutigen wirtschaftlichen Situation. Nehmen wir die Frauen, da steht in der Verfassung: gleicher Lohn für gleiche Arbeit, und hier haben wir ein klassisches Beispiel, wie ein Verfassungsartikel eben nicht sehr viel nützt, wenn kein Kündigungsschutz vorhanden ist.

Alfred Affolter

Gruppe 2 «Sichere Umwelt»

Inspiziert von einigen vorliegenden Erfahrungen aus Kantonen und Sektionen hat die Gruppe 2 den



folgenden Massnahmenkatalog, der der Motion Mauch vom September 83 entspricht, beschlossen:

1. eine aktive, rasch wirksame Energiepolitik des Bundes im Sinne der Energieinitiative durch durch dringlichen Bundesbeschluss.
2. wirkungsvolle kantonale Energiegesetze. Das Basel-Städtische Energiegesetz kommt noch am ehesten an unsere Vorstellungen heran, die wenigen anderen Energiegesetze sind ungenügend. Vom Bundesrat verlangen wir eine drastische Senkung der Schwefelgehalte von Heizöl und Dieselöl und ebenso eine drastische Reduktion der Emissionsgrenzwerte für industrielle Feuerungen und Kehrlichtverbrennungsanlagen.
3. Im Sektor Verkehr verlangen wir die Einführung von bleifreiem Benzin und die Reduktion der Abgaswerte auf die heutigen USA-Werte im Jahre 1986. Wir verlangen die Subventionierung der Ausstattung bestehender Autos mit Katalysatoren aus Treibstoffzollgeldern. Wir verlangen einen autofreien Sonntag pro Monat, und wir verlangen die Herabsetzungen der Höchstgeschwindigkeit auf Autobahnen und ausserorts.
4. Zur Bekämpfung der Luftverschmutzung müssen wir aber auch auf jeden Strassenbau verzichten, durch den die Kapazität des Strassennetzes gesamthaft erhöht wird. Wir wollen keinen Baubeginn neuer Nationalstrassenabschnitte und ein Verbot von Parkplätzen in Stadtzentren.
5. Zur Eindämmung des Schwerverkehrs verlangen wir ein Obligatorium für den Huckepack-Verkehr für lange Strecken und für den Transitverkehr. Ebenso müssen Vorschriften über den maximalen Benzinverbrauch von Neu-

wagen eingeführt werden.

6. Die Emissionsgrenzwerte für Luftschadstoffe müssen wesentlich reduziert werden, und in allen Gebieten, in denen diese Werte überschritten werden, müssen Verkehrsbeschränkungen eingeführt werden. Ein Votant hat darauf hingewiesen, dass im Gotthardtunnel die roten Lampen aufleuchten, sobald die Emissionsgrenzwerte überschritten werden. Was für den Gotthardtunnel richtig ist, sollte für unsere Strassen in den Stadtzentren gut sein, dass also auch dort beim Ueberschreiten der Grenzwerte die roten Lampen aufleuchten sollten.
7. Auch in diesem Massnahmenkatalog kommt die Fliegerei vor mit einem Verbot von Kurzstreckenflügen bis 500 km, Verbot der Sportfliegerei und der Motorboote.

Konkrete Aktionen für uns selbst sind ebenfalls realistisch. a) die SPS könnte entsprechend ihrer Publikation zur Energiepolitik ein Handbuch der Umweltpolitik herausgeben. b) die SP-Sektion Zürich 6 führte im Frühling 82 eine Aktion durch, bei der Salat aus Quartiergärten gesammelt und dem Kantonschemiker zur Bleiuntersuchung übergeben wurde. Das Resultat (fast überall zuviel Blei) fand breites Echo in den Medien und trug zur Sensibilisierung unter den Genossen und Genossinnen bei. Ähnliche Aktionen sind für andere Sektionen denkbar. Martin Lenzlinger

Gruppe 3

«Soziale Sicherheit»

Krankenversicherung, Mutterschutz, Patientenrechte und Arbeitslose standen im Mittelpunkt der Diskussionen um die soziale Sicherheit.

Schwergewichtig ging es dabei neben den Forderungen auch um die pragmatischen Fragen des politischen Vorgehens. Um ein Krankenversicherungsobligatorium, von den Schweizer Stimmbürgern schon einmal abgelehnt, zu verwirklichen, sei jetzt vorrangig der Weg über die Kantone zu beschreiten. Dabei müsse innerhalb der Sozialdemokratie Koordinationsarbeit geleistet werden. Inhaltlich sei es unabdingbar, gleiche Prämien für Mann und Frau durchzusetzen, wie das z.B. bereits eine entsprechende Initiative im Kanton Jura vorsieht.

Bei der Mutterschaftsversicherung, wo eine sozialdemokratische Initiative hängig ist, gehe es vorwiegend darum, Elternurlaub auch kantonally durchzusetzen.

Ausgerichtet am Beispiel einer Genfer Initiative für die Patientenrechte sei es dringend, Vereinigungen von Versicherten zu bilden um vorallem Informationslücken zu stopfen und die rechtliche und politische Stellung der Versicherten zu stärken. Das betrifft etwa die Versicherten bei der Unfallversicherung und bei den Versicherungswerken der 2.Säule.

Initiativen im Sozialbereich hätten weiter vor allem darauf hinzuwirken, die Reintegration der Behinderten zu fördern und die Wiedereingliederung der Arbeitslosen auf kantonaler Ebene zu unterstützen. Philippe Nordmann

Gruppe 4

«Internationale Solidarität und Frieden»

Die Arbeitsgruppe schliesst sich voll der Parteitags-Resolution an, die einen Beitritt zum "Zehner-

club" und damit zum Internationalen Währungsfonds IWF ablehnt. Ein allfälliger Beitritt wäre zumindest dem Referendum zu unterstellen. Die Gruppe befürwortet auch die Resolution, die jeglichen Militäreinsatz in innenpolitischen Fragen entsprechend dem Programm verbietet.

Entwicklungspolitik

Die Anstrengungen müssen in Richtung einer qualitativen Verbesserung der Entwicklungshilfe gehen ohne aus den Augen zu verlieren, dass 0,7 Prozent des Bruttoinlandproduktes für die Entwicklungshilfe zu erreichen wären, wovon man vorderhand in der Schweiz noch weit entfernt ist. Die Arbeitsgruppe hat auch die Idee einer vorweggenommenen Sondersteuer auf gewissen tropischen Produkten wie Kaffee oder Kakao in den Raum gestellt. Ziel: Finanzhilfen für die Aermsten der Armen in der Dritten Welt zur Verfügung zu stellen.

UNO

Ohne den Beitritt der Schweiz zur UNO in Frage zu stellen verlangt die Arbeitsgruppe, dass die Schweizer UNO-Delegierten durch das Parlament zu wählen sind. Notwendig ist auch ein aussenpolitisches Konzept um im Voraus zu wissen, was die Schweiz für einen Standpunkt in dieser internationalen Organisation vertreten wird.

Asylpolitik

Die Sozialdemokraten müssen verhindern, dass die Sozialkredite (öffentliche Zuwendungen) für die Asylsuchenden gekürzt werden. In den Kantonen gilt es ebenso, parallel laufende Prozeduren, die dem Gesetz widersprechen, zu unterbinden. Die Gemeinden haben sich ebenfalls an der Aufnahme von Asylsuchenden zu beteiligen, etwa mit der Einrichtung von Begegnungsstätten,

Sprachkursen und ähnlichem. Asylsuchende müssen Arbeitsbewilligungen bekommen, um nicht von öffentlicher Hilfe abhängig zu sein. Es müsste auch möglich sein, zugunsten von Asylsuchenden Patenschaften einzurichten.

Zivildienst

Ein Zivildienst im Rahmen der Gesamtverteidigung ist abzulehnen. Ausserdem sind Massnahmen im Hinblick auf einen zivilen Widerstand vorzubereiten und zu organisieren.

Friedenspolitik

Die Partei muss mit aller Entschiedenheit für den Frieden eintreten. Möglichkeiten: Teilnahme an Fackelzügen, Eintritt in pazifistische Organisationen, allenfalls offizielle Unterstützung für sie. Wenn man für die Kinder in der Schule Friedenserziehung einführen will, müssten zukünftige Eltern ab ihrer Heirat ebenfalls entsprechende Kurse besuchen.

Aussenpolitik

Die Arbeitsgruppe wünscht sich häufiger aussenpolitische Tagungen. Sie fordert ebenfalls mehr konkret lernbare Informationen in diesem

Sachgebiet und unterstützt die Arbeit des Solifonds.

Jean-Pierre Métral/Dario Robbiani

Neue Zuger Sekretärin

Der Trend in den Kantonalparteien der SPS, in den Sekretariaten die Genossen durch Genossinnen abzulösen, hält an. Am Mai-Parteitag wählten die Zuger Sozialdemokraten die 36-jährige Madeleine LANDOLT zur neuen nebenamtlichen Kantonssekretärin. Frau Landolt, von Beruf Bauamts-Sekretärin und Künstlerin, löst Hanspeter Hausheer ab, der das Amt zehn Jahre versah. Madeleine Landolt war bisher Vizepräsidentin der Sektion Zug und bereits vorher in der kantonalen Geschäftsleitung.

Kurs für Zukunftswerkstätten

SPI. Die Vollmar-Akademie veranstaltet vom 9. bis zum 15. Oktober 1983 in Rotschuo/Gersau ein Bildungsseminar unter dem Titel «Politik und Zukunft». Darin sollen die Teilnehmer in die Methode der «Zukunftswerkstätten», wie sie Robert Jungk seit einiger Zeit propagiert, eingeführt werden.

Teilnahme und Anmeldung:

Jedes Parteimitglied kann kostenlos teilnehmen. Besondere Vorkenntnisse sind nicht nötig. Anmeldungen müssen schriftlich eingehen bei:

Arthur Gassmann, Wehntalerstr. 82, 8057 Zürich, Telefon 01/362 10 74



„Die Gegenseite geht auf unseren Abrüstungsvorschlag ein, was haben wir denn da falsch gemacht?“

SP-Klatsch: Hot-Dog-Resolution und Marilyn Monroe

Auf den Wahltermin hin bekommen die Optimisten in der SP wieder Oberwasser. Einer von ihnen ist Nationalrat Ernst Eggenberg (Thun). In einem Votum zur Interpellation Hansjörg Braunschweig (Zürich) betreffend Raketenstationierung schlug er in einer Fraktionssitzung vor, den Beschluss um eine Woche zu verschieben: "Bis dann wird die Fraktion vervielfältigt ... ä, pardon, die Interpellation vervielfältigt. Die Fraktion wird natürlich erst nach den Wahlen vervielfältigt sein."



Die SPS ist keine bloss tierisch ernste Partei. Am Parteitag in Bern sollten Clowns die Szene auflockern. Organisator und SPS-Zentralsekretär Andreas Lutz kündigte sie in der Geschäftsleitung so an: "Es treten dann auch zwei Clowns auf. Sie sind als solche zu erkennen. Nicht dass man sie dann mit Delegierten wechselt."



Die Clowns Küre (Kurt Frauchiger) und Toni (Toni Marbot) hielten denn auch alle Versprechungen, die von ihnen gemacht wurden. Und widmeten sich in kurzen Spots zwischen den "ernsten" Parteitagsthemen schliesslich auch dem äusserst reichhaltigen Speiseangebot des Berner "Kursaales". Mitten in den Resolutions-Verhandlungen kam einer der beiden ans Mikrofon: "Wir müssen Euch um Zustimmung zu einer weiteren Resolution bitten. Also erstens: am Parteitag darf es künftig samstags nur Hot-Dogs geben. Zweitens: am Sonntag dürfen nur Hamburger verkauft werden. Drittens: auf keinen Fall darf an beiden Tagen gleichzeitig beides angeboten werden."

Einigen Teilnehmern blieb das Lachen im Halse stecken. Dort wo noch die Reste eines trockenen Wienerlis oder eines fettigen Hamburgers klemmten.



Den Clowns waren auch gelegentliche Differenzen zwischen Fraktion und Partei nicht heilig.

Toni: Weissst Du, was das ist:

103,85, 84,33 und 50 ?

Küre: Das Nummernkonto von Ayatollah Khomeini bei der Bankgesellschaft ?

Toni: Nein.

Küre: Die Körpermasse von Marilyn Monroe ?

Toni: Nein. Der Kompromissvorschlag zwischen Fraktion und Parteitag bei den geplanten Geschwindigkeitsbeschränkungen.



Philantropen sind Menschenfreunde. Und die sind, so Willi national, in gewissen Berufssparten selten. Bei einer Debatte um den Beitritt zum "Zehnerclub", wo es unter anderem drum geht, die Entwicklungsländer mit (unserm) Geld zu versorgen, damit sie (uns) die Schulden zurückzahlen können, meinte der Finanzminister: "Ich kenne viele Finanzminister anderer Länder. Und ich kann Euch sagen: darunter hat es wenig Philantropen. Ich kenne eigentlich keinen ausser mir".



Und nochmals Parteitag. Die Aargauer SP-ler Kurt Wernli (Präsident) und Valentin Trentin (Sekretär) sitzen sonntags am sonnigsten Tisch des Saales. Trentin gegenüber Neidern: "Wir gehören da schon hin, wir fühlen uns in der Aargauer SP für Sonnenenergie durchaus zuständig."

Aargauer SP-ler